

Neue Podzcer Zeitung

Die älteste, größte und verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Redaktion und Geschäftsstelle
Petrikauer-Straße Nr. 15.
Telephon Nr. 283.

Inseratetexte: Gestaltete Romaneinzelteile oder deren Blatt 15 M., Ausland 20 M., Blatt 20 M., u. Inserate im Text ob. auf der ersten Seite (doppelt so breit) 60 M., Ausland 80 M., pro Blatt der Romaneinzelteile, Einzel. 70 M. pro Körpersäule. Bei Kunstdruck, Schriften u. dergl. 50 Prozent Aufschlag. Inserate werden nach Möglichkeit ausplaziert, es können aber besondere Platzanordnungen nicht berücksichtigt werden, daher auch keine bindenden Verpflichtungen.

Erhält täglich zwölf Ausgaben, die auf Samm- und Festtage folgen, abends. Sonntagszeit: montags 240 M., mit Aufstellung, wöchentlich 80 M., bei Polen bis zu 240 M. monatlich. Vertreter: Aleksander Sozin, Danzig; Danziger Anzeigerbüro, Neidorf 8, Konkordienstrasse; Schröder, Bialystok; G. Stein, Bialystok-Wola; D. Wolff, Sojekt; Lissa, u. sonst. Unterjährige Werbung wird nicht anerkannt.

Nr. 143

Sonnabend, den 28. Mai 1921.

20. Jahrgang

Oberschlesien ein autonomer Staat?

Der Sejm gegen die Kabinettsskrise.

Warschau, 27. Mai. (Pat.) Der Sejm marschall erklärte heute an den Staatschef ein Schreiben, in dem er erklärt, daß nach seiner Meinung und der der Sejmmechheit, für die Demission des Kabinetts Witos nicht anzunehmen.

1.500.000 Rückwanderer.

Entsprechend der polnischen Repatriierungskommission in Moskau beträgt die Gesamtzahl der zurück wollenden Personen, gegenwärtig noch in Russland noch lebenden, aus Polen stammenden

Vertreter der interalliierten Kommission sind grundsätzlich verschieden, derselbe soll können auf der Sitzung des Obersten Rates vorkommen, deshalb müsse man Juristen und technische Sachverständige berufen, die die Situation eingehend prüfen und dann ihren Vorschlag im Sinne des Versailler Vertrages formulieren. Die geographischen und ethnographischen Rücksichten sprechen für uns, weil in den Gegenden, die an Polen grenzen, die polnische Bevölkerung sich in Mehrheit befindet. Aus dem ökonomischen Gesichtspunkt stellen diese Gegenden einen industriellen Bezirk dar, von dem die ganze Welt Nutzen zieht und somit viele Länder, die für Polen nicht ungünstig gesetzt sind. Sie begrenzen jedoch die Entwicklung, da die Industrie dieser reichen Gegenden infolge mangelhafter Administration verfallen kann. Diese Verstärkungen seien jedoch gründlos.

Doch die Deutschen nicht sagen könnten, daß wir ihnen Mittel zur Bezahlung nähmen, hat Frankreich von den polnischen Regierungen die Rechtsgewalt erhalten, daß 15 Jahre lang die Verteilung der Ressourcen in der bisherigen Weise von sich gehen werde und daß diese Gewalt auf sich nehmen werden.

Die französische Ausfahrt geht in der Richtung, daß der industrielle Bezirk, der sich für Polen eröffnet hat, an Polen kommt. Die polnischen Arbeiter stimmen für Polen, man kann ihre Stimmen nur deshalb nicht in Betracht ziehen, weil sie Arbeiter sind und das Vorrecht der Stimmen einigen reichen Industriellen geben. Die Rente Briands wurde durch laute Beifallsbekanntungen unterbrochen.

Der Deputierte Lorin stellte fest, daß die Entschädigungsfrage nicht nur eine Befreiung, sondern auch eine Frage der Energie sei und verlangt, daß auch französische Soldaten Polen unterstützen möchten.

Briand ergriff nochmals das Wort und erinnerte an die Schritte, die er in Berlin zur Warnung Deutschlands unternommen hat, daß falls die Deutschen in Oberschlesien eindringen würden, dies die schrecklichsten Folgen nach sich ziehen würde. Er fügte hinzu, daß wenn Deutschland seine Verpflichtungen nachkommt, so gelte dies deshalb, weil Frankreich am Rhein genügende Kräfte besitzt. Diese Kräfte, sagte Briand, stehen in Bereitschaft. Obwohl wir keinesfalls wünschen, uns ihrer zu bedienen und jeden Gedanken zu ihrer Anwendung auszuschließen. Wir handeln loyal, wie Frankreich immer gehandelt hat. Wenn diese Loyalität auf bösen Willen stoßen würde, so wird die Wacht am Rhein dadurch nicht geschwächt und sie wird ihre Aufgaben erfüllen. (Beifallserwiderung auf allen Bänken.)

Der Deputierte Klop kritisiert die Finanzklause des Londoner Vertrages. Der Redner verlangt die Aufschließung Oberschlesiens an Polen. Da, nach seiner Meinung, das Londoner Übereinkommen in den Friedensvertrag Änderungen eingebracht habe, verlangt Klop die Verlängerung der Sitzung, damit die Parlamentskommissionen sich mit dem erwähnten Übereinkommen befassen machen.

Briand bemerkte, daß wenn die Kammer den Vorschlag Klops in Sachen der Approbation oder Nichtapprobation der Beschlüsse der Entschädigungs-Kommission annehmen sollte, dann würde die Kammer mit einer anderen Regierung zu tun haben. Die gegenwärtige Regierung, sagte Briand, hat Ihnen ihre entscheidende, aufrichtige und mäßige Stellungnahme, übereinstimmend mit der Stellungnahme der Verbündeten vorgestellt, die wichtigsten Interessen Frankreichs dabei nicht aus der Acht lassen. Wenn morgen eine andere Politik geführt werden soll, wenn die gegenwärtige Regierung zurücktreten soll, so sagen Sie das aufrichtig und offen. Nach Berlebung von 12 Anträgen, erklärte Briand, daß er folgenden Antrag des Deputierten Klop annehmen werde: Die Kammer beschließe, daß das von Deutschland angenommene Londoner Ultimatum das Minimum der erforderlichsten Garantien für unsere

währlige Situation. Vor allen Dingen schilderte er die Ursachen, infolge welcher seine Regierung das Londoner Ultimatum angenommen hat. Die Hauptursache der Annahme des Ultimatums war die Verstärkung wegen des Verlustes der industriellen Bezirke von Westphalen und Rheinland. Der Kanzler kam dann auf die berischlische Frage zu sprechen und erklärte, daß es unmöglich wäre, wenn man die oberschlesische Frage durch Anerkennung der Diktatur der polnischen Aufständischen lösen wollte. Wie verlangen, daß der Friedensvertrag, der uns so wenig Freiheit und Rechte bringt, in diesem Falle angewendet wird, daß das Plebisitzergebnis geachtet wird. Europa würde sicher entscheiden, wenn unsere Freunde ein reines Spiel nicht führen sollten.

Neutralität der Tschechen.

Die tschechische Gesandtschaft in Warschau teilte mit, daß bei dem Zusammentreffen zwischen polnischen Aufständischen und den Deutschen bei Annaberg eine deutsche Abteilung von 100 Mann mit vier Offizieren die tschechische Grenze überschritten habe. Diese Abteilung wurde durch die tschechischen Mannschaften entwaffnet und interniert. Damit fallen die Behauptungen, daß die Tschechen deutsche Abteilungen durchlassen, in sich zusammen. (Pat.)

Belgien im Obersten Rat.

Danzig, 27. Mai. (Pat.) Aus London wird mitgeteilt, daß zur nächsten Sitzung des Obersten Rates auch Belgien hinzugezogen werden soll. Die Deputierte soll auf diese Weise eine Stimmengleichheit bei den Abstimmungen vorbringen wollen, da dort nur vier Staaten: England, Frankreich, Italien und Japan vertreten sind.

Englische Truppen.

Chorcha, 27. Mai. (Pat.) Die englische Regierung hat eine Reihe von Schritten unternommen, um in Oberschlesien die Ruhe wieder herzustellen. Es wurden bedeutendere Truppenabteilungen direkt aus England abgesandt, die durch die vier Rheinbataillone verstärkt werden. Die Truppen sind mit den neuesten kriegstechnischen Errungenschaften ausgestattet. — In offiziellen Kreisen herrscht Meinung darüber, daß sowohl die polnische als auch die deutsche Regierung einen richtigen Standpunkt einnehmen.

London, 27. Mai. (Pat.) Die vier ersten für Oberschlesien bestimmten Bataillone haben bereits Köln verlassen.

Russische Konzessionen.

Wie aus London telegraphiert wird, hat der englische Ingenieur und Unternehmer Krugston im Gericht eine Klage gegen die Moskauer Regierung eingebracht. Krugston erklärt, er habe auf Grund der Verhandlungen mit der Delegation Krassins eine Konzession zur Exploitation eines Waldgebietes im Rayon von Petrograd erhalten. Nach Vereinbarung der Bedingungen und Abschaffung eines Vorvertrages sah Krugston seine Rechte nach Russland, damit sie den Wald bestätigen. Nach ihrer Rückkehr erklärten diese jedoch, daß der verkaufte Wald überhaupt nicht existiere. Krugston verlangt jetzt die Rückzahlung der gehabten Umlauf.

Vandalen an der polnisch-russischen Grenze.

Wlina, 26. Mai. (Pp.) Im Rayon von Dwinsk und Polotsk haben sich Räuberbanden gebildet, die sich hauptsächlich aus Deserteurn der roten Armee zusammensetzen. Die Banditen haben in den Grenzdörfern ihre Agenten, die es unternehmen, verschiedene Personen aus Sachen über die Grenze zu schmuggeln. Wenn eine solche Partie formiert ist, verkehrt es ihr Führer immer so einzurichten, daß sie in die Hände der Räuber fällt, die den Steuernden nicht nur das Geld, sondern auch alle Sachen abnehmen. Dieser Tage hat einer dieser Räuberbanden die polnische Grenze überschritten und wurde durch polnische Militär gesprengt.

Arbeiterstreiks.

Helsingfors, 27. Mai. (Pp.) Der Streik der Petersburger Fabrikarbeiter, der am 16. Mai begonnen hat und anfangs nur wenige Fabriken umfaßte, hat sich inzwischen bedeutend ausgedehnt. Es stehen fast alle Fabriken. Der Sturm ist politischer Natur. U. a. verlangen die Arbeiter die Herausgabe von Zeitungen aller Parteierichtungen und Auseinandersetzung neuer Wahlen für die Sowjet, bei denen die Stimmabgabe geheim erfolgt. Am 28. Mai traten in Moskau mehrere Fabriken in den Streik. Hier wurde die mangelhaften Lebensmittelbelieferung zur Ursache genommen. Ganz wahrscheinlich zogen die Arbeiter verschiedene Stände versammelt. Der Kanzler hielt eine ausführliche Rede über die gegen-

